

Von der Entfremdung
zur Wiederannäherung

Zum Bestand der transatlantischen Partnerschaft

Alice Neuhäuser

Nach Hannah Arendt sind Europa und die USA durch Geschichte und Kultur Teil einer atlantischen Gemeinschaft. Angesichts der Irritationen diesseits und jenseits des Atlantiks während der zweiten Amtsperiode Gerhard Schröders drängt sich die Frage auf, wie es derzeit um die transatlantischen Beziehungen bestellt ist und ob die neue Bundeskanzlerin Angela Merkel die Substanz der Partnerschaft wieder festigen und der transatlantischen Freundschaft neue Dynamik verleihen wird.

Die zweite Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts kann als Blütezeit der transatlantischen Beziehungen gewertet werden. Nach der Befreiung Deutschlands von der Hitler-Barbarei durch die Alliierten pflegte besonders die neu gegründete Bundesrepublik eine enge strategische Partnerschaft zu den Vereinigten Staaten. Dies reichte von der vorbehaltlosen Westbindung und der Wiederbewaffnung bis hin zur Stationierung der Mittelstreckenraketen und konnte nur gering von der Entspannungspolitik getrübt werden. Der Erfolg der Präsenz der USA in Europa, der sich im Niedergang des Kommunismus und der Wiedervereinigung Deutschlands sowie später Europas ausdrückte, führte zur Veränderung des qualitativen Verhältnisses zwischen den USA und Europa.

Im achtzehnten und neunzehnten Jahrhundert verfolgten die USA eine idealistische Politik beziehungsweise Außenpolitik; sie galten als schwach. Umgekehrt Europa: Europa war das politische,

wissenschaftliche und ökonomische Zentrum der Welt. Heute sind spiegelbildliche Vorzeichen zu erkennen. Die US-amerikanische Außenpolitik kann als realistisch bezeichnet werden, die der Europäer beziehungsweise Kontinentaleuropäer als idealistisch. Allen voran bekennt Deutschland sich voller Stolz als Zivilmacht. Militärische Erfolge – wie zum Beispiel 1995 zur Beendigung der Kampfhandlungen in Bosnien – blieben den Amerikanern vorbehalten. Das Verteidigungsbudget der Mitgliedsländer der Europäischen Union macht zwar einen beträchtlichen Teil des US-Verteidigungsbudgets aus; das europäische militärische Potenzial hat aber nicht annähernd den Wirkungsgrad. Als Beispiel diene der Kosovo-Krieg: US-Amerikaner und Kanadier flogen den Großteil der Einsätze. Im Ergebnis sind die Globalziele der USA und der Europäer ähnlich (zum Beispiel Bekämpfung des Terrorismus, Verbreitung von Demokratie, Schutz des Klimas *et cetera*); doch favorisieren sie unterschiedliche Mittel, um diese Ideen zu verwirklichen.

Das vergangene Jahrzehnt verdeutlicht die Überlegenheit US-amerikanischer Handlungsfähigkeit und die Erfolgsausichten bei einem geschlossenen Vorgehen der westlichen Demokratien diesseits und jenseits des Atlantiks: Vier Jahre lang versagten alle Bemühungen der Europäer, die regional begrenzten Konflikte auf dem Balkan zu entschärfen. Erst die militärische Intervention der USA im Sommer 1995 erzwang Waffenstillstände und die

Verhandlungen von Dayton. Es war die Einmütigkeit zwischen Europäern und US-Amerikanern in der Kosovo-Frage, die vier Jahre später das Regime des Slobodan Milosevic beendete und ermöglichte, ihn vor das Haager Kriegsverbrecher-Tribunal zu stellen. Ebenfalls Einmütigkeit und Geschlossenheit zwischen Europäern und US-Amerikanern zeigten sich auch im Anti-Terror-Kampf in Afghanistan. Die „uneingeschränkte Solidarität“ gegenüber den USA und das beiderseitige Interesse der USA und Europas, militärisch auf die Anschläge des 11. September 2001 zu reagieren, führten zum schnellen Ende des Taliban-Regimes. Anders verlief es hingegen im Fall des Irak: Die Kriegsgründe wurden unterschiedlich bewertet. Auf der einen Seite standen die USA und atlantisch orientierte Staaten Europas – auf der anderen Seite multipolare, eurozentristische Staaten um Deutschland und Frankreich.

Unterschiedliche Positionen

Deutlich erkennbar sind daneben auch die zwei unterschiedlichen „Lager“ in der Wissenschaft, vergleicht man die Positionen in den Publikationen zum transatlantischen Bündnis während der zweiten Hälfte der Regierungszeit Gerhard Schröders. Die einen richten ihre Kritik an die (Kontinental-)Europäer und deren Schwäche beziehungsweise noch nicht gefundene internationale Rolle; die anderen sehen die US-Amerikaner als Hauptverantwortliche für die heutigen Verwerfungen.

Meinungsverschiedenheiten zwischen Staaten, auch zwischen befreundeten Staaten, sind nichts Ungewöhnliches, jedoch macht der Ton die Musik. Die Tatsache, dass der Gesprächsfaden zwischen deutschem Bundeskanzler und US-Präsidenten im Jahr 2003 abriß, war ein trauriges Novum. Die Entfremdungen betrafen erstmals massiv die Regierungsebene. Zugespitzt formuliert: Es wurde zum Teil

der Eindruck erweckt, die Gefahr ginge nicht vom Irak, sondern von den USA aus. Der 11. September hat den Gemütszustand der US-Amerikaner nachhaltig verändert. Erstmals mussten sie die Verwundbarkeit im eigenen Land spüren. Die Summe Zivilflugzeug plus Teppichmesser bedeutete Massenvernichtungswaffe. Aus der Strategie der Abschreckung während des Kalten Krieges erwuchs die Strategie der Prävention. Die Unterschiede zwischen den USA und Europa zeigten sich besonders in der Perzeption der Bedrohung und damit, ob die Bedrohungslage als tolerabel gekennzeichnet werden kann. Der Appell der USA an die Europäer: handeln statt heucheln.

Die Abkühlung der transatlantischen Beziehungen erfolgte, „weil vor dem Hintergrund einer erhöhten Wahrnehmung asymmetrischer Bedrohungen die auf überlegene militärische Macht und uneingeschränkte Handlungsfreiheit setzende Denkschule den außenpolitischen Diskurs bestimmte“ (vergleiche Peter Rudolf: *Von Clinton zu Bush. Amerikanische Außenpolitik und transatlantische Beziehungen*). Sicherheitspolitisch gewann die Angst vor erneuter Verwundbarkeit im eigenen Land das Übergewicht. Der Irakkrieg war daher die logische Folge dieser neuen Ausrichtung amerikanischer Außenpolitik. Europäische Außenpolitik ist dagegen eher regional orientiert und präferiert multilaterales Vorgehen und politisch-ökonomische Mittel. „Das Machtgefälle zwischen den USA und EU ergibt eine strukturelle Asymmetrie und eine institutionell-ideologisch tief verwurzelte strategische Differenz bei der Wahrnehmung von Sicherheitsproblemen und der Reaktion auf Bedrohungen“ (vergleiche Peter Rudolf: *Von Clinton zu Bush. Amerikanische Außenpolitik und transatlantische Beziehungen*). Die Folge waren die Missverständnisse zwischen Kontinentaleuropäern und den USA.

Wagt man eine Bestandsaufnahme des gegenwärtigen Verhältnisses zwischen den USA und Europa, so könnte man – angelehnt an Stephan Bierling – fragen, ob möglicherweise die besten Zeiten im transatlantischen Bündnis vorbei sind (vergleiche Stephan Bierling: *Auseinander gelebt. Das Ende der transatlantischen Sonderbeziehungen*), auch wenn die Bilder vom Antrittsbesuch Angela Merkels bei George W. Bush im Januar anderes vermitteln sollten.

Strukturelle Entfremdung

Das gegenseitige Aufeinander-angewiesene-Sein aus den Zeiten des Kalten Krieges führte zu einer Deckungsgleichheit der Interessen. Heute sind die geostrategischen Differenzen allzu deutlich zu Tage getreten. Die gemeinsamen Werte zwischen beiden Partnern werden gern beschworen. Doch fällt es heute aufgrund der Entfremdungen mehr und mehr schwer, sich auf gemeinsame Werte festzulegen, was zum Beispiel in Umfragen zu Religion oder Patriotismus dokumentiert werden kann. Europäer werden immer weltlicher. Die Wichtigkeit von Religion und Patriotismus bleibt in den USA konstant. Der religiös geprägte Moralismus führte bei Präsident George W. Bush zu Redewendungen wie „gerechter Krieg“ oder „Konflikt zwischen Gut und Böse“. Solche Terminologien sind Europäern fremd. Trotz der wirtschaftlich engen Beziehungen zwischen den USA und Europa – die Direktinvestitionsquote beim jeweils anderen ist weiterhin am höchsten – wird der pazifische Raum immer interessanter für die USA. Dort ist eine kaum zu Ende gehende Dynamik zu verzeichnen, während die demografische Entwicklung den alten Kontinent Europa immer unattraktiver macht.

Frankreich als Antreiber einer Multipolaritätstheorie steht dem Selbstverständnis der USA entgegen, einzige Weltmacht zu sein und um den Erhalt und die

Stärkung einer US-zentrierten Weltordnung zu kämpfen; denn im Selbstverständnis der USA ist eine von den USA dominierte hegemoniale Weltordnung eine gute Weltordnung. In Bundeskanzler Gerhard Schröder hatte Präsident Jacques Chirac einen Verbündeten gefunden, um sein Ziel zu erreichen, Europa zu einem Pol werden zu lassen. Diese Episode ist nun beendet. Eine deutsche Vermittlung, um zwischen den verschiedenen Positionen der USA und Frankreichs auszugleichen, ist nun Aufgabe des neuen Duos Angela Merkel/Frank-Walter Steinmeier. Die christdemokratische Kanzlerin und ihr Außenminister müssen diese Austarierung wieder konstruktiv annehmen und das scheinbare Gegeneinander zwischen einem europäischen und einem atlantischen Kurs der Bundesrepublik aufbrechen, um an alte Kontinuitäten neu anzuknüpfen.

Geschickte Gratwanderung

Angela Merkel verkörpert im Unterschied zu ihrem Amtsvorgänger die traditionelle Balance, gleichzeitig die europäische Einigung zu forcieren und die strategische Partnerschaft zu den Vereinigten Staaten zu pflegen. Ihr tief verwurzeltes Bewusstsein für Freiheit, das sie mit den Amerikanern verbindet, ist bei ihr vor allem biografisch bedingt, da sie die ersten fünfunddreißig Jahre ihres Lebens in der SED-Diktatur verbringen musste. Ihre Dankbarkeit gilt daher entscheidend den USA und dem Vater des jetzigen Präsidenten. Ohne einen zügigen Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland wäre auch ihr einzigartiger politischer Aufstieg nicht möglich gewesen.

Bei ihrem Antrittsbesuch in Washington im Januar musste Merkel jedoch die Gratwanderung zwischen ihrer persönlichen Haltung und dem kritischeren USA-Standpunkt der deutschen Bevölkerung, des Koalitionspartners und bei Teilen der eigenen Partei meistern. Dies

ist der geschickten Taktikerin bestens gelungen: Bereits im Vorfeld ihrer Reise übte sie Kritik an dem US-Gefangenenzlager Guantánamo. Insofern sorgte sie für eine Beruhigung in der deutschen Öffentlichkeit und ganz wesentlich beim Koalitionspartner, die ihr bloße US-Gefolgschaft wie angeblich im Jahr 2003 nicht verziehen hätten. Außerdem konnte sich die US-Administration auf die verbale Kritik einige Tage lang einstellen und entsprechende Reaktionen des Präsidenten besser vorbereiten. Da Merkel ihre Kritik jedoch in den Lautsprecher hustete, bewirkte sie, dass ihr Statement nur in deutschen Medien präsent wurde. Für ausländische Nachrichtensender schienen diese unvollkommenen Bilder jedoch zum Senden für ein Massenpublikum wenig geeignet zu sein, wodurch Merkel die gewünschte minimale Aufmerksamkeit im Ausland und damit insbesondere beim US-Publikum erreichte.

Vorsichtige Wiederannäherung

Die inhaltlichen Gräben zwischen den Bevölkerungen Deutschlands und Amerikas bleiben auch nach dem Kanzlerwechsel bestehen; sie treten allerdings weniger offen zu Tage, da sich die Länder dank der Wiederannäherung und des besseren persönlichen Drahtes zwischen Kanzlerin und Präsident ausgesöhnt zu haben scheinen. Die Bilder dieses Besuchs übertrafen die Realität freilich um einige Längen: Freundschaftliche Gesten und eine Pressekonferenz im Ostflügel des Weißen Hauses offenbarten die Bemühungen Bushs, Merkel zu hofieren und damit den Unterschied zu Auftritten Schröders in Washington zu unterstreichen. Sie können aber nicht gänzlich über die tiefen Verwerfungen, die bis heute nicht überwunden werden konnten, hinwegtäuschen.

Die deutsche Kanzlerin möchte besonders Tony Blair die Rolle des Vermittlers zwischen Europa und Washington

streitig machen; George W. Bush half ihr mehr oder weniger unbewusst dabei, indem er ein früheres Angebot seines Vaters an Deutschland neu offerierte. Deutschland solle in einer Vielzahl von Fragen die Führerschaft übernehmen, betonte Bush. Dies erinnert doch stark an die Formulierung seines Vaters, der Helmut Kohl 1989 und 1992 eine Führungsrolle als *partner in leadership* übertragen wollte. Die USA hatten nach dem Zusammenbruch des sowjetischen Machtbereiches eine außenpolitische Spitzenstellung des wiedervereinigten Deutschlands erwartet, das zur Sicherung von Stabilität, zur Prävention von Konflikten und zur Beendigung von Kriegen maßgeblich beiträgt. Doch reagierte die größer gewordene Bundesrepublik, die objektiv zur Zentralmacht Europas avanciert war (vergleiche Hans-Peter Schwarz: *Die Zentralmacht Europas*), mit Passivität und Schwächlichkeit, nicht willens, plötzlich machtpolitisch orientiert zu handeln, da sie weiterhin wegen des Traumas ihrer Vergangenheit gehemmt zu sein schien. Und so erfüllte sie die Außenwartung der internationalen Staatengemeinschaft nicht, die ganz essenziell den Innenerwartungen der Mehrheit der Deutschen als Überbleibsel kleinstaatlicher Ideale während des Kalten Krieges widersprach. Helmut Kohl konnte folglich den Ansprüchen seines amerikanischen Amtskollegen nicht gerecht werden. Daher hatte dessen Sohn lange Zeit diese Wortwahl zu wiederholen vermieden; bei seiner im Jahr 2002 gehaltenen Rede im Bundestag fiel dieser Aphorismus zum Beispiel nicht. Nur wenige Monate nach dem 11. September 2001 und vor dem Hintergrund einer völlig neuen Bedrohungslage konnten die Vereinigten Staaten nicht auf Deutschland, das bereits bei begrenzten Konflikten auf dem eigenen Kontinent hilflos wirkte und nur wenig zu deren Entschärfung beigesteuert hat, als einen verlässlichen Partner bauen.

Eine erste Bewährungsprobe für einen neuen Anlauf als außenpolitische Führungsmacht ist für Deutschland sicherlich die Auseinandersetzung mit dem iranischen Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad, der die Atomenergie sowohl zivil als auch mutmaßlich militärisch zu nutzen beabsichtigt, darüber hinaus den Holocaust leugnet und das Existenzrecht Israels infrage stellt. Die schwere Krise mit dem Iran ging Merkel bereits bei der Münchner Sicherheitskonferenz Anfang Februar offensiv an und hielt sich eine militärische Option für den Fall offen, dass zuvor alle diplomatischen Bemühungen scheitern sollten. Beim linken Flügel des Koalitionspartners löste diese Gangart natürlich keine Beifallsstürme aus, sodass Frank-Walter Steinmeier die Kanzlerin vor der Kritik seiner Parteifreunde in Schutz nehmen musste. Der neue Außenminister ist in dieser Hinsicht ein Glücksfall für Merkel. Da er sein Ministeramt über eine Laufbahn in der Exekutive errang und nur wenig innerparteilich sozialisiert wurde, ist er trotz der früheren engen Zusammenarbeit mit Gerhard Schröder gewiss auch in dieser Frage eher Pragmatiker beziehungsweise Realpolitiker.

Notwendige Geschlossenheit

Noch werden alle diplomatischen Bemühungen gegenüber dem Iran ausgereizt, Sanktionen erwogen oder für Russlands Angebot geworben, die Urananreicherung zu übernehmen und damit die ausschließlich zivile Nutzung der Atomenergie des Iran zu gewährleisten. Merkel setzt in dieser Frage entscheidend auf die Geschlossenheit der Weltgemeinschaft: „Wir müssen möglichst viele Länder in der Welt dafür gewinnen, dem Iran mit

einer starken Position entgegenzutreten.“ Dies scheint offenbar zu gelingen, obgleich sich der Iran nach wie vor von der Kritik an seinen Atomplänen wenig beeindruckt zeigt und unnachgiebig und uneinsichtig seine unsäglichen Zielsetzungen aufrechterhält, die erschreckend deutlich an Adolf Hitlers Agitationen aus *Mein Kampf* erinnern. Es steht zu befürchten, dass der Konflikt nicht nur weiter schwelt, sondern sich binnen Monaten verschärft und sogar unter Umständen eskaliert. Denn einerseits ist keine umfassende Kurskorrektur des Iran gegenüber der Weltgemeinschaft oder der Internationalen Atomenergieorganisation (IAEO) zu erwarten; andererseits birgt ein weiteres Zaudern des Westens die Gefahr, dass der Iran in Kürze eine Atombombe besitzen wird.

Die nahende deutsche EU-Ratspräidentschaft im ersten Halbjahr 2007 verlangt insofern in ganz besonderem Maße die deutsche Führungsverantwortung und Entschlusskraft ab. Merkel und Steinmeier müssen eine Stellungnahme der Mitgliedsländer formulieren, mit der sich jeder einzelne der 25 Vertreter identifizieren kann und die gleichsam überzeugend und unmissverständlich gegenüber dem Iran Position bezieht. Im Unterschied zu den Vereinigten Staaten wird in Europa die Bedrohungslage durch die Existenz einer iranischen Atombombe häufig untertrieben. Gerade in dieser Frage wird Merkel als Vermittlerin gebraucht, um zwischen den Meinungen sowohl diesseits und jenseits des Atlantiks als auch in Abstimmung mit Russland und China auszugleichen, um die Geschlossenheit sicherzustellen, die als Drohkulisse zum Einlenken des Iran dringend erforderlich ist.